

Schema 2

Verletzung eines Abwehr-Grundrechts

I. Eingriff in den Schutzbereich¹

- *Vorüberlegung: Welches ist der Eingriffsakt?*
 - nur hoheitliche Maßnahmen (z.B. Gesetz, Urteil, Verwaltungsakt), nicht Handlungen Privater
- 1) *Persönlicher Schutzbereich des Grundrechts*
 - Ist der Betroffene Grundrechtsträger? Beachte: manche Grundrechte gelten nur für "Deutsche"!
- 2) *Sachlicher Schutzbereich des Grundrechts*
 - Was, welche Handlungsmöglichkeiten werden geschützt?
- 3) *Eingriffsqualität der Maßnahme*
 - problematisch bei faktischer oder mittelbarer Beeinträchtigung (Beispiel: behördliche Warnungen)

II. Verfassungswidrigkeit dieses Eingriffs (keine Zulässigkeit des Eingriffs aufgrund von GR-Schranken)

- Ein Eingriff in den Schutzbereich eines GR ist dann eine Grundrechtsverletzung, wenn er nicht durch eine Grundrechts-Schranke verfassungsrechtlich gerechtfertigt wird.
- 1) *Zulässigkeit des Eingriffs aufgrund von Schranken in der Grundrechtsgewährleistung selbst*
 - Beispiele in Art. 2 I, 9 II, 13 VII, 1. Alternative GG
- 2) *Zulässigkeit des Eingriffs aufgrund eines Gesetzesvorbehaltes*
 - a) Bestehen eines Gesetzesvorbehaltes
 - Beispiele in Art. 2 II 3, 5 II, 8 II, 10 II 1, 11 II, 12 I, 14 III 2
 - b) Eingriff unmittelbar durch verfassungsmäßiges Gesetz oder aufgrund verfassungsmäßigen Gesetzes
 - aa) Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes
 - α) Formelle Verfassungsmäßigkeit (Gesetzgebungskompetenz, Verfahren, Form)
 - insbesondere Beachtung des Zitiergebots (Art. 19 I 2)
 - β) Materielle Verfassungsmäßigkeit
 - allgemeine, nicht nur auf einen Einzelfall bezogene gesetzliche Regelung (Art. 19 I 1)
 - Erfüllung etwaiger Anforderungen im Gesetzesvorbehalt
 - Beachtung der *Schranken-Schranken*: kein Verstoß gegen das *Verhältnismäßigkeitsprinzip* (zulässiger Zweck, Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit der Maßnahme); kein Verstoß gegen die Wesensgehaltsgarantie in Art. 19 II
 - bb) Verfassungsgemäße Anwendung des Gesetzes (wenn Eingriff aufgrund eines Gesetzes erfolgt)
- 3) *Zulässigkeit des Eingriffs nach Art. 17a GG*
- 4) *Zulässigkeit des Eingriffs aufgrund immanenter Grundrechts-Schranken²*
 - a) Kollision des eingeschränkten Grundrechts mit anderen Grundrechten oder Werten von Verfassungsrang
 - b) Nachrangigkeit des eingeschränkten Grundrechts in der konkreten Fallsituation
 - sorgfältige *Abwägung* unter Berücksichtigung der Bedeutung der betroffenen Verfassungswerte und der Umstände des Einzelfalles
 - c) Eingriff durch oder aufgrund eines verfassungsmäßigen (und verfassungsgemäß angewandten) Gesetzes

(Datei: Schmitz_Schema2)

¹ Die zweistufige Grundrechtsprüfung spiegelt am besten die Grundrechtsdogmatik wider. Danach muß zunächst das betroffene GR festgestellt werden, um dann im zweiten Schritt zu prüfen, ob der Eingriff durch die Schranken dieses GR verfassungsrechtlich gerechtfertigt ist. Verbreitet ist aber auch ein dreistufiger Aufbau (I. Schutzbereich, II. Eingriff, III. Schranke).

² Lösung der Kollisionsfälle nach ganz herrschender Meinung; andere vertretene Lösungsvorschläge: analoge Anwendung der Schrankenregelungen in Art. 2 I bzw. Art. 5 II GG, restriktive Bestimmung bereits des Schutzbereiches.